

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Belegungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Volküberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV., (Volkshaus) Ausgang Boder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelte gebaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einforderung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 39

Sonnabend, den 26. September 1925

29. Jahrgang

## Steinmetzen, gebt acht!

Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie hat am 20. August in Frankfurt a. M. eine Sitzung abgehalten, über deren Beratungsstoff und Beschlüsse in der Nummer 26 des „Deutschen Steinbildhauer“ vom 11. September der Öffentlichkeit Bericht gegeben wird. Eine so vielseitig gegliederte Industrieorganisation wie der genannte Reichsverband hat naturgemäß immer allerhand Notwendiges zu erledigen, und es ist weiter nicht auffallend, daß die Neugestaltung des deutschen Zolltarifs und alle für die Natursteinindustrie damit zusammenhängenden Fragen und Probleme bei solchen Beratungen seit längerer Zeit eine große Rolle spielen. Auch die Eisenbahntarifangelegenheiten stehen in der Behandlungshäufigkeit den Zollfragen nicht nach, ja, sie übertrumpfen die letzteren noch. Ferner wurde Bericht gegeben über die Frage der Gefängnisarbeit (Marmorbearbeitung), deren wesentliche Einschränkung resp. Abbau vom Preussischen Justizministerium zugesagt war. Unschönend wird diese verpöbete Verringerung nicht durchgeführt. Ein Abbau der Marmorbearbeitung in dem einen Gefängnis und dafür die Neueinrichtung in einem andern ist natürlich keine Verringerung im Sinne der Versprechungen. Die Unternehmerführung beschloß deshalb auch, nochmals schärfsten Protest gegen die Ausdehnung der Marmorbearbeitung in Gefängnissen einzulegen. Bei diesem Vorgehen werden die Unternehmer die Organisation der Steinmetzen auf ihrer Seite finden, denn es ist einfach ein Skandal, wenn auf diese Art die unlautere Konkurrenz zum Schaden des Erwerbszweiges und der davon existierenden Personen direkt gefördert wird. Aus dem Bericht der Frankfurter Sitzung wird den Steinmetzen folgender Abjaß von gewissem Interesse sein:

„Eine lebhafteste Diskussion fand ferner statt über die Frage der Forderung von Festpreisen für Lieferungen und Aufträge. Von Seiten der gesamten deutschen Industrie ist lebhaft Klage darüber geführt worden, daß das Baugewerbe Aufträge nur zu Höchstpreisen übernahm und nicht nur einen Ersatz etwaiger Lohnerhöhungen verlangte, sondern noch einen Zuschlag zu diesen Lohnerhöhungen. Als Protest hiergegen haben zahlreiche industrielle Betriebe ihre Bauten stillgelegt und haben von den Bauunternehmern verlangt, daß sie ihre Aufträge wieder im Affordvertrag zu festen Preisen ausführen sollten. Der Beton- und Tiefbauarbeiterverband hat daraufhin beschlossen, künftig Bauverträge wieder zu festen Preisen zu übernehmen, er hat aber darauf hingewiesen, daß dies nur möglich sei, wenn auch die Bauunternehmer ihren Aufträgen zu festen Preisen lieferten. Die Vertreter der Metallindustrie wiesen darauf hin, daß die Übernahme von Bauaufträgen zu Festpreisen für sie eine außerordentliche Härte sei, da es sich durchweg um langfristige, auf mehrere Monate sich erstreckende Arbeiten handle. Der Vorstand des Reichsverbandes brachte indessen zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage es unbedingt erfordere, daß die deutsche Wirtschaft wieder zu festen Preisen komme, und es wurde deshalb ein Beschluß dahingehend gefaßt, daß der Reichsverband den Firmen der ihm angeschlossenen Fachverbände empfehle, Lieferungen und Aufträge, die innerhalb eines Zeitraumes von vier Monaten getätigt werden können, wieder zu festen Preisen zu übernehmen.“

Zu der Feststellung, daß die Bauunternehmer noch einen Extrazuschlag zu eingetragenen Lohnerhöhungen verlangen, und dann weiter zu dem Hinweis der Vertreter der „Metallindustrie“ über die „außerordentliche Härte“, ist jeder Kommentar überflüssig. Deshalb ist auch der Beschluß des Vorstandes des Reichsverbandes, die Empfehlungen an die Mitglieder auszusprechen, überhaupt nicht von Belang. Aber die Steinmetzen und ihre Vertreter können sicher damit rechnen, daß bei den einzelnen Verhandlungen dieser Beschluß in allen Variationen wiederkehrt, um etwaige Lohn- und Affordverbesserungen, auch die minimalsten, damit abzuwehren. Wir gehen sicher nicht fehl in der weiteren Annahme, daß gerade die „Metallindustrie“-Vertreter den Beschluß trotz ihrer Bedenken besonders für sich auswerten.

Dann hat man in der genannten Sitzung neben andern „alle wesentlichen Fragen des Tarifvertragswesens und der Lohngestaltung besprochen.“ In welcher Art und mit welchem üblichen Vorhaben, zeigt der nachstehende Abjaß. Die darin durch Sperrdruck hervorgehobenen Sätze sind auf unsere Veranlassung so wiedergegeben:

„Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß es Pflicht der deutschen Industrie sei, die von der Regierung eingeleitete Preisabbaupolitik mit allen Mitteln zu unterstützen, und daß dies nur dann möglich sei, wenn die Industrie keine weiteren Lohnerhöhungen mehr zu tragen habe. Aus diesem Grunde hielt man es für angebracht, unter allen Umständen keine weiteren Lohnerhöhungen in allen Zweigen der Natursteinindustrie eintreten zu lassen und eventuell auch Schiedsprüche, die vielleicht höhere Löhne vorsehen sollten, nicht zur Durchführung zu bringen. Man war der Auffassung, daß in einzelnen Zweigen der Natursteinindustrie die Löhne sogar übersteigt seien unter Berücksichtigung der im Frieden gezahlten Löhne und auch unter Berücksichtigung der in den letzten Monaten eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung, wie sie sich im Lebenshaltungsindex zeigt. Die Industrie hat sich bereit gefunden, soweit als irgend angängig auch ihrerseits für Preisierung und Aufträge bis zu vier Monaten Angebots mit Festpreisen abzugeben, und es wurde deshalb als selbstverständlich angesehen, daß dies nur dann möglich sei, wenn man auch stabile Verhältnisse in der Lohngestaltung habe, und wenn der Lohn sich in denjenigen Grenzen hielte, die überhaupt ein Geschäft ermöglichen.“

Dazu wäre unsererseits zu bemerken: „Wenn die Industrie keine andere Pflichten hätte, als die „Preisabbaupolitik“ der Regierung mit allen Mitteln zu unterstützen und diese Pflichten und Mittel so aufgeföhrt werden, wie sie aus der Unternehmerfachpresse (Steinbildhauer Nr. 26) herausleuchten, dann können freilich die großen und kleinen Natursteinindustriellen sich ruhig freuen, ohne sich irgendwo anzukündigen. Denn diese „Pflicht“ drückt nach keiner Seite und die „Mittel“ sind für die Industrie tatsächlich harm- und kostenlos.“

Die Arbeiter im allgemeinen und die Steinmetzen im besonderen sehen, hören und merken nichts von einem Preisabbau; im Gegenteil, die Preise für eine Reihe lebensnotwendiger Bedürfnisse,

zum Beispiel für Fleisch und Miete, haben nach der Regierungsaktion sogar angezogen. Im übrigen läuft diese Regierungsaktion mit dem Preisabbau nur darauf hinaus, die Volksmassen von der ungeheuren Schröpfung abzulenken, die vor wenigen Wochen durch die Gesetzgebung im Reichsparlament vollzogen wurde. Die Preise werden nicht niedriger, aber die Bremse ist angelegt, um jede Lohnerhöhung zu unterbinden. Diese Chose haben die Arbeiter schon einmal erlebt vor zirka 1 1/2 Jahren, da wurde auch eine Preisabbaupolitik von der Regierung eingeleitet. Doch statt des erhofften Preisabbaues in den lebensnotwendigen Bedarfsartikeln wurden Schlichter, Schlichtungsausschüsse und Unternehmerrorganisationen mobil gemacht, jede Lohnaufbesserung abzuwehren. Wo die Situation für diese drei gütig war, erfolgte natürlich noch eine Reduzierung der Löhne. So möchten allgemein die Unternehmer die Aktion wieder einleiten, nur so denken sie sich die „Pflicht“ und die „Mittel“, den Preisabbau zu fördern. In einem andern Artikel derselben Ausgabe des Steinbildhauer fordert Herr Dr.-Ing. Steinlein aus München das auch ganz unüberblümt. Dieser Herr kann es immer noch nicht verschmerzen, daß der Lohn der Münchener Steinmetzen heute keine 50 Pfg. die Stunde mehr beträgt, sondern mit Bauzulage auf 1.25 Mk. geklettert ist. Herr Dr. Steinlein und dem Vorstand des Reichsverbandes kommt nicht der zunächstliegende Gedanke, ihren Mitgliedern dringend die Pflicht nahezu legen, im Interesse der Regierungsaktion die Preisabbaupolitik einer scharfen Prüfung zu unterziehen und zu unteruchen, ob sich auf diesem Gebiet etwa einige entbehrliche Prozeduren herausstreichen lassen, damit das Produkt billiger wird. Wie gesagt, dieser Gedanke kommt den Unternehmern der deutschen Natursteinindustrie nicht ein. Sie beschließen: Keine Lohnerhöhung mehr! Beschließen sogar: „eventuell auch Schiedsprüche, die vielleicht höhere Löhne vorsehen sollten, nicht zur Durchführung zu bringen.“ Der Vorstand des Reichsverbandes macht sich hier das Recht zu einem Diktum an, das er einfach nicht hat; denn solange in der deutschen Natursteinindustrie die verschiedenen Reichstaxen bestehen und die dazu gehörigen beruflichen Schlichtungsinstanzen, ist es mehr wie merkwürdig vom genannten Vorstand, solche Beschlüsse zu fassen. Beschlüsse, die zweifellos den Schlichtungsinstanzen als solchen das Rückgrat brechen! So, meine Herren vom harten und weichen Gestein, kann die Preisabbaupolitik nun doch nicht geschoben werden. Sie haben unbedingt zu beachten, mindestens solange die Tarifgemeinschaft besteht, daß die Steinmetzen und ihre Organisation wegen Anerkennung und Nichtanerkennung der Schiedsprüche und sogar bei deren Formulierung in den Schiedsinstanzen im Namen von über 58 000 frei organisierten Steinmetzen vorläufig noch ein kräftiges Wortlein mitzureden haben. Der Vorstand des Reichsverbandes würde zweifellos großen Alarm schlagen, wenn der Verbandsvorstand der Steinmetzen etwa beschließen wollte:

1. Jeder Schiedspruch, der nicht Erfüllung der Arbeiterforderungen vorsieht, ist abzulehnen. 2. Kein Steinmetz darf mehr im Afford arbeiten. 3. Jeder im Lohn arbeitende Steinmetz darf über ein gewisses Penium hinaus nichts schaffen. — Denn, was dem einen Tarifkontrahenten ein Recht dünkt, muß dem andern billig auch zugestanden werden. Damit hätte allerdings die Tarifgemeinschaft jeden praktischen Wert verloren und wäre in der Tat — sagen wir drastisch — ein Bogenstein, in dem der eine dem andern möglichst unvermittelt oft und viele Kinnhaken und Magenstöße verfehlt. Wir glauben kaum, daß dieser Zustand allgemein gewünscht wird. Es gibt freilich in den Reihen der Unternehmer schon immer einige, die in der Verabreichung von Magenstößen an ihre Belegschaften angeborene Übung besitzen, das lehrt erneut die gegenwärtige Zeit, wo die Aufträge stocken und die Einnahme langsamer fließt. Diesen Unternehmern muß ja auf Grund der Frankfurter Beschlüsse der Kamm noch mehr schwellen. Statt daß nun der Vorstand des Reichsverbandes von diesen Methoden ganz energisch abrückt, stärkt er sie indirekt durch seine Beschlüsse! Ist das der Wille? — Gut! Dann müssen wir uns damit abfinden. Dann berufen wir uns in der Zukunft bei andern Situationen auf die Bibel, wo an einer Stelle steht: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Der Vorstand des Reichsverbandes wird sich denken können, daß so lange, wie die Tarifgemeinschaft besteht, noch an anderer Stelle über keine eigenartige Praxis zum Preisabbau gesprochen werden muß.

Am 14. September hat auf dem 6. allgemeinen deutschen Banktag der Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die gegenwärtige Wirtschaftslage seine Meinung kundgegeben. Wir bringen daraus die mit der vor- und nachstehenden Angelegenheit in Verbindung stehenden wörtlichen Äußerungen. Herr Dr. Schacht sagte:

„... daß diese Wirtschaftslage und namentlich ihre Schwierigkeiten ihre Ursachen nicht nur auf materiellem, sondern auch auf psychologischen Gebiete hätten. In diesem Zusammenhange sei hauptsächlich der inländische Preisstand und das Bestreben, ihn der Kaufkraft anzupassen, zu erwähnen. Die Reichsbankleitung steht auf dem Standpunkte, daß die Teuerung nicht in erster Linie in den Produktionskosten, sondern in der Hauptsache in den Verteilungskosten ihren Grund haben. Die Preisgestaltung bei dem Konsumenten sei nicht durch die Frage bestimmt, wie teuer sich ein Produkt herstellen lasse, sondern welchen Verkaufspreis man erzielen müsse, damit der Verkauf der Ware den ungeheuer aufgeböhnten Verkaufsapparat erkläre. Aus diesem Grunde sei auch die Frage einer weitgehenden Zinsermäßigung nicht ursächlich verknüpft mit der Frage des Preisabbaues. Nicht scharf genug könne das Bestreben gewisser Kreise verurteilt werden, welche die gesamte Politik der Reichsregierung dadurch zu diskreditieren versuchten, daß sie die augenblickliche Teuerung als Inflation darstellten.“

Das klingt ganz anders als wie es die Natursteinindustriellenvertretung in den „Deutschen Steinbildhauer“ hineinbläst. Vielleicht nimmt auch Dr. Steinlein von der Äußerung des sachkundigen Dr. Schacht die notwendige Notiz. Denn es wird nach untrüglicher Auffassung wirklich Zeit, daß aus den Steinmetzen Artikeln die „kommende Inflation“ endlich verschwindet und nebenbei auch der Groll über die Entlohnung der Münchener Steinmetzen. Diese stehen noch längst nicht an der Spitze mit dem Lohn für ihre höchst qualifizierte Arbeitsleistung. Mit siebenstündiger Arbeitszeit könnten sie sogar ihre Lebensdauer noch mehr verlängern, als wie bei achtstündiger Arbeitszeit, und sie arbeiten acht Stunden.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu dem Satz im kritisierten Bericht:

Man war der Auffassung, daß in einzelnen Zweigen der Natursteinindustrie die Löhne sogar übersteigt seien unter Berücksichtigung der im Frieden gezahlten Löhne und auch unter Berücksichtigung der in den letzten Monaten eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung, wie sie sich im Lebenshaltungsindex zeigt.“

Von einer „Übersteigerung“ der Löhne kann bei den tariflichen Stundenlöhnen keinesfalls geredet werden. Vom Ende August liegen sie der Redaktion vor. Danach schwanken die tariflichen Stundenlöhne in der

Sandsteingruppe bei Steinmetzen von 67 Pfennig (Maintal) bis 1.50 Mk. (Hamburg), bei Brechern von 59 Pfg. (Maintal) bis 1.18 Mk. (Hildesheim), bei Hilfsarbeitern von 51 Pfg. (Maintal) bis 98 Pfg. (Berlin).

Bei den Steinbildhauern von 95 Pfg. (Wunstedel) bis 1.90 Mk. (Sachsen), oder von 12 Mk. pro Tag (München) bis 16 Mk. (Hamburg und Dortmund).

In der Marmorindustrie bei Steinmetzen von 52 Pfg. (Schlesien) bis 1.35 Mk. (Berlin), bei Schleifern von 46 Pfg. (Schlesien) bis 1.25 Mk. (Wiesbaden), bei Hilfsarbeitern von 41 Pfg. (Schlesien) bis 1 Mk. (Berlin und Bremen).

In der Granit- und Schleifereigruppe bei Steinmetzen von 63 Pfg. (Fichtelgebirge) bis 1.25 Mk. (Lübeck und Königsberg), bei Schleifern von 60 Pfg. (Fichtelgebirge) bis 1.20 Mk. (Lübeck), bei Hilfsarbeitern von 47 Pfg. (Odenwald) bis 93 Pfg. (Lübeck).

In der Granitwerkstättengruppe bei Steinmetzen von 48 Pfg. (Niederbayern) bis 1.25 Mk. (Weucha i. Sa.), bei Brechern von 48 Pfg. (Niederbayern) bis 1.10 Mk. (Hasserode), bei Hilfsarbeitern von 43 Pfg. (Schlesien) bis 95 Pfg. (Murgtal).

In der Pflasterstein- und Schottergruppe bei Brechern von 47 Pfg. (Schlesien) bis 90 Pfg. (Sachsen und Baden), bei den Pflastersteinmachern, Richtern oder Rippern von 47 Pfg. (Schlesien) bis 90 Pfg. (Sachsen und Baden), bei den Hilfsarbeitern von 42 Pfg. (Schlesien) bis 79 Pfg. (Sachsen).

Die übrigen Gruppen: Schiefer, Quarzit, Kalksteingewinnung zu Industriezwecken haben Löhne von 51 bis 70 Pfg.

Im Steinlegergewerbe für Steinleger von 90 Pfg. (Ost- und Westpreignitz) bis 1.65 Mk. (Chemnitz), für Rammer von 80 Pfg. (Ost- und Westpreignitz) bis 1.37 Mk. (Danzig), für Hilfsarbeiter von 60 Pfg. (Ost- und Westpreignitz, Schneidemühl) bis 1.21 Mk. (Danzig).

Der Durchschnittslohn ist in allen Gruppen fast immer die Mitte vom niedrigsten zum höchsten. Nun treten doch mal einer an und sage, unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten, diese Löhne seien im Vergleich zum Frieden höher wie die Teuerung gestiegen. — Man mache sich unternehmerseits doch endlich frei von solchen unsinnigen Vergleichen mit früher. Es gab in der Vorkriegszeit sicherlich einige Orte in gewissen Steinbruchbezirken, wo die Steinmetzen tatsächlich für Bettelstümpfe gearbeitet haben; was die nominelle Lohnhöhe heute anbetrifft, ist es gewiß anders geworden, doch nach der Kaufkraft gemessen leider nicht. Wir verweisen hier mit besonderem Nachdruck auf die Steinbruchbezirke Schlesiens und Bayerns, denn die dort gezahlten Löhne verdienen keine andre Bezeichnung wie Bettelstümpfe!

Wir glauben auch sagen zu können, daß die Vorstandssitzung des Unternehmerverbandes weniger die feststehenden Stundenlöhne meint, sie hat hier besonders die Affordverbände im Auge, sonst wäre ihre Stellungnahme unverständlich. Und dabei nicht etwa die Affordverbände in der Granitwerkstättengruppe Niederbayerns und Schlesiens, auch nicht jene in den Granit- und Schleifereien, sondern in der Hauptsache die der Pflastersteinbearbeitung. Wir geben zu, daß der erreichte Affordverdienst hier und da den Nichtkennner der wirklichen Verhältnisse stuhig machen kann. Den Eingeweihten dagegen nicht. Denn man frage und untersuche lieber nicht, wie der Verdienst erreicht wurde! „Nur fertig, nur immer viel fertig“, hieß es in den letzten Monaten der Pflastersteins-„Hauße“, und so wie nicht wenige von den alten und neuen Pflasterstein-Bruchbesitzern oder -pächtern im wahren Sinne des Wortes Raubbau in der Steingewinnung getrieben haben, so haben es leider auch eine Anzahl Arbeiter mit ihrer Arbeitskraft getan. Nunmehr, wo die Aufträge und die Abnahme zum Teil durch die Geldflut abgebremsst werden, geht auch einer Anzahl Unternehmern der Geschäftsstern schwerer und schwerer. Jetzt kommt die Pflastersteins-„Baße“, jetzt starren nicht wenige Steinindustriellen auf die angebliche „Übersteigerung“ der Löhne und sagen: Der Lohn muß sich in denjenigen Grenzen halten, um ein Geschäft zu ermöglichen. Anders überlegt, lautet es: Der Moor hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Nun sucht man in diesen Betrieben die Arbeiter wieder loszuwerden oder im Lohn zu drücken, nachdem man sie vorher unter allen möglichen Versprechungen und außerordentlichen Vergünstigungen sich gegenseitig weggeschleppt hat. Das ist die Situation, das ist die alte und immer neue Unternehmerakt, über die gelegentlich in einem andern Rahmen noch mehr zu sagen sein wird. Wenn durch diese Taktik und Manipulationen und dem kritisierten Beschluß der Unternehmerrückführung in Frankfurt a. M. der Affordverrechnung in der Steinbearbeitung das Grab schnellstens gegraben wird, haben wir als Organisationsvertretung, von anderem prinzipiellen Standpunkt aus betrachtet, dagegen nichts einzuwenden; wir werden sogar dann alle Kräfte anspannen, um die Befreiung zu beschleunigen. Aber man bleibe im übrigen hübsch in den Grenzen; das heißt in der deutschen Natursteinindustrie kann im allgemeinen von einer Übersteigerung der Löhne nicht ernstlich gesprochen werden.

Bezeichnend für die gegenwärtige Situation in der Natursteinindustrie Deutschlands und im Zusammenhang mit den vorstehenden Darlegungen ist die Behandlung der Unternehmerrückführungsdarlegung in der Frankfurter Sitzung. Diese Angelegenheit wurde nicht endgültig geregelt. Eine spätere Sitzung am 15. Oktober soll darüber entscheiden, ob die Natursteinindustrie sich eine eigene Versicherung dieser Art schafft oder ob sie sich bei den bestehenden Einrichtungen (Dresden) eine Rückversicherung schafft. Diese internen Vorgänge müssen die Steinmetzen sich merken, sie sind wichtig genug im Hinblick auf die notwendige Stärkung unserer eigenen Organisation. Abschließend wäre noch auf einen Beschluß der Unternehmerrückführung hinzuweisen, der auch uns interessiert, das ist die dauernde Propaganda für Verwendung des Natursteins. Dies

Gebiet ist in der Tat seit Jahren recht stiefmütterlich behandelt worden, und es ist wirklich angebracht, hier rührender zu werden. Soll es beiderseits in Verständigung geschehen, dann allerdings nicht im Borgerein, wie wir im Vorstehenden kurz angedeutet haben. Wird im Hinblick auf andre tätige Kräfte dies Gebiet noch weiter vernachlässigt, dann geht es in absehbarer Zeit dem Naturstein in Deutschland so, wie im nachstehenden landläufigen schlesischen Witz: „Der Lomax is gutt, sagte der Bauer, wo is dar Dreck har?“

Hoffentlich wird verstanden, wie wir uns den Zusammenhang mit dem Witz denken. — Unseren Verbandsmitgliedern muß dieser glorifizierte und kritisierte Bericht der Unternehmung in Frankfurt a. M. ein erneuter Ansporn zur Organisationsstärkung sein. Dann erweist sich die betreffende Beschlusfassung als die Kraft, die Böses will, aber Gutes schafft.

### Rohtauschertnisse.

Das kürzlich erschienene annähernd 500 Seiten starke Jahrbuch 1924 des Deutschen Baugewerksbundes enthält auch ein Kapitel über den weiteren Ausbau des Baugewerksbundes. In diesem heißt es:

„Der Anschluß des Verbandes der Steinleger im Vorjahre, der sich in einigen seiner Mitgliedschaften nicht in voller Einmütigkeit vollzogen hat, hat im Berichtsjahr zu einer ausgedehnten Auseinandersetzung im DGB, und in der beteiligten Gewerkschaftspresse geführt. „Der Steinarbeiter“, die Zeitung des neuen Steinarbeiterverbandes, schwelgt in Schlagworten, wie „Gewerkschaftlicher Imperialismus“. Dabei würde es zur Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten mehr beitragen, wenn er zur Nachkontrolle das Abstimmungsergebnis von 1923, die Ergebnisse der Abstimmung in den einzelnen Filialen des früheren Steinlegerverbandes bekanntgeben würde. Bisher ist das noch nicht geschehen. Angeblich sind diese Einzelergebnisse später den Filialen mitgeteilt worden, die den Uebertritt mitgemacht haben. Die nicht übergetretenen Filialen hätten kein Anrecht darauf.“

Gegen eine derartige Geschichtsfälschung kann nicht einbringlich genug protestiert werden. Im ersten Satze wird bei den Lesern des Jahrbuchs der Eindruck erweckt, als wenn es sich um den Anschluß des ehemaligen Steinlegerverbandes an den Baugewerksbund gedreht und dieser sich nicht in voller Einmütigkeit vollzogen hätte. Von diesem Irrtum ausgehend, muß natürlich der Leser zu dem Schluß kommen, daß der böse Steinarbeiterverband die „volle Einmütigkeit“ gefälscht und verhindert habe. Daß das Verhältnis gerade umgekehrt lag, ist jedem Eingeweihten noch in Erinnerung. „Der Steinarbeiter“, in dessen Verhältnis zum Verband durch die Verschmelzung nur insofern eine Aenderung eingetreten ist, daß er wie der Verband auch die Interessen der Kollegen des Steintraßenbaues wahrzunehmen hat, schwelgt nicht in der Abwehr des vom Baugewerksbund und andern „Größen“ ausgehenden gewerkschaftlichen Imperialismus, sondern er wurde gegen seinen Willen durch letzteren gezwungen, den Bruderkampf zu führen, so schmerzlich ihm dies war und so gern er die hierauf verwandte Zeit und Kraft seinen eigentlichen Aufgaben zugewandt hätte.

Schließlich wird wider besseres Wissen erneut die Behauptung aufgestellt und damit geschichtlich festgelegt, daß das Abstimmungsergebnis zur Nachkontrolle nicht veröffentlicht worden wäre. Zur Steuer der Wahrheit sei hier nochmals bemerkt, daß das Abstimmungsergebnis allen Zahlstellen des Verbandes zugestellt worden ist, ohne daß Einwendungen gegen die Richtigkeit erhoben wurden. Sie den unter Bruch des Abstimmungsergebnisses vorzeitig zum Baugewerksbund (auf dessen Betreiben) Ubergelaufenen zuzustellen, lag gar keine Veranlassung vor. Diese Ueberläufer konnten von uns nicht anders behandelt werden, wie der Baugewerksbund mit Recht die Mitglieder des Verbandes der „ausgeschlossenen“ Bauarbeiter behandelt.

Angeichts des vollzogenen Mitgliederraubes von bloßen „Meinungsverschiedenheiten“ zu reden, an deren „Schlichtung“ dem Baugewerksbund gelegen gewesen wäre, jetzt bei den Lesern des Jahrbuchs einen solchen Mangel an Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und damit gleichzeitig einen eben solchen Mangel an eigener Urteilsfähigkeit voraus, daß uns die Mitglieder des Bau-

gewerksbundes ob der ihnen zugefügten Täuschung nur leid tun können. Denn schließlich muß sich ja ein solches System am eignen Leibe, d. h. am Baugewerksbunde selbst rächen.

Mit welchem eigenen Erfolg der Baugewerksbund den geschlossenen Uebertritt des Steinlegerverbandes zum Steinarbeiterverband hintertrieben hat, darüber findet man im Jahrbuch keine Silbe, ebensowenig ein Wort über die gewerkschaftlichen Erfolge der zum Baugewerksbund übergelaufenen Steinleger. Es dürfte auch trotz aller Demagogie sehr schwer fallen, über solche zu berichten.

Indessen können die verschmolzenen Verbände der Steinarbeiter und Steinleger mit der der Verschmelzung gefolgten Entwicklung zufrieden sein. Als Beweis dafür einige Zahlen:

	Steinarbeiter	Steinleger
Höchstbestand beider Verbände im 2. Quartal 1923	53 100	10 800
Mitgliederstand nach vollzogener Verschmelzung im 1. Quartal 1924	36 930	5 677
Mitgliederstand im 2. Quartal 1925	49 211	8 862

Zu diesen Ziffern ist zu bemerken, daß die niedrigen Mitgliederziffern des 1. Quartals 1924 hauptsächlich auf den Inflationschwund sowie auf die Arbeitslosigkeit des überaus starken Winters 1923/24 und nur zum kleinen Teil auf die schädliche Gegenagitation des Baugewerksbundes zurückzuführen war. Schätzungsweise sind damals ca. 500 Kollegen, die sich hauptsächlich um die Oppositionsgruppe Dresden und Frankfurt a. M. gruppierten, zum Baugewerksbund übergelaufen. Wir sind davon überzeugt, daß auch diese, soweit nicht schon geschehen, noch den Weg zur zuständigen Organisation — dem Zentralverband der Steinarbeiter — finden werden.

### Thüringens sterbende Schiefergriffelindustrie.

Seit mehr als hundert Jahren werden aus den weichen Ton-schiefern der Unterjuramentation des südöstlichen Thüringer Waldes Schiefergriffel gewerksmäßig hergestellt. Die meisten Schiefergriffel, in denen das Material zur Griffelherstellung gewonnen wird, liegen in den Domänenwäldungen und waren anfänglich den Kleinunternehmern zu gemeinsamem Betrieb überlassen worden. Den Mittelpunkt der Schiefergriffelindustrie bildete Steinach, aber auch die meisten Einwohner von Hahnbach, Hohenhofen, Hahnbach und Speichsbrunn waren Griffelmacher. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts taten sich jenseits des Rennsteiges Privatbetriebe in größerer Zahl auf, so in Arnstorf, Bernsdorf, Birkenheide, Braunsdorf, Dietrichshütte, Döhmig, Königsthal, Martigölsch, Pippelsdorf, Volkmannsdorf und andern Orten. Schätzungsweise waren vor dem Kriege immerhin gegen 3000 Personen mit der Herstellung und Bearbeitung der Schiefergriffel beschäftigt und fanden dabei auskömmlichen Verdienst. Seit Uebernahme der Herrschaftsbrüche in staatliche Verwaltung anfangs der neunziger Jahre hatte der Betrieb durch Verwendung elektrischer Kraft und hygienischer Verbesserungen einen erfreulichen Aufschwung genommen und erbrachte bei annehmbaren Löhnen der Staatstaxe erheblichen Ueberschuß. In der Nachkriegszeit, insbesondere während der Inflation, waren die Griffelbrüche tatsächlich Goldgruben. Mit der Stabilisierung unserer Währung begann jedoch im Griffelgeschäft eine Krise wie nie zuvor. Wegen Abschaffung kamen die meisten Schieferbruchanlagen — die in der Inflation wie Pilze aus der Erde geschossen in erster Linie — zum Erliegen, und die Arbeiterzahl hat sich gegenwärtig auf den dritten Teil von vor dem Kriege vermindert. Die heute in den Handel gebrachten Griffelstücke aus Masse und Aluminium sind zwar minderwertiger, haben aber trotzdem die Schiefergriffel vielfach verdrängt. Es steht leider zu erwarten, daß trotz einiger neuerdings beobachteter Anläufe zum Besseren die Thüringer Griffelschieferindustrie nie wieder zu ihrer früheren Blüte kommen wird, so mehr, als auf den meisten Privatbrüchen Raubbau getrieben worden ist und deshalb die Arbeit dort nicht mehr kostenträchtig erscheint. — Ueber den Rückgang der Schiefergriffelindustrie reden auch die Mitgliederzahlen unseres Verbandes eine beraubende Sprache. Im Jahre 1922 zählten wir dort nur 500 Mitglieder. Heute ist durch den Rückgang der Griffelindustrie die Zahl auf 216 zusammengeschrumpft.

Weiter südlich des Thüringerwaldes, wo der Frankenswald mit seinen Schluchten und finsternen Tannen beginnt, findet man heute noch zahlreiche zum Teil mächtige Schieferbrüche. Allerdings ist keiner mehr im Betrieb. Das Material aus diesen Brüchen hat vor 20 bis 30 Jahren eine Rolle im Baugewerbe von Oberfranken gespielt. Heute ist es so gut wie ausgeschaltet und wird höchstens in der nächsten Nähe des Vorkommens in Wohnhäusern, Scheunen und Stallungen der Einwohner verwendet. Als Dachziegel und Hausbohl, sogar als Straßenebelag und Chausseebeschotterung wurde der zum Teil in geschlossenen Bänken ansehende Schiefer ausgenutzt. In den Brüchen und auf den mächtigen Schutthalden wachsen heute Tannen, deren Höhe uns verrät, seit wann der Betrieb ruht. Gewiß haben auch die außerordentlich hohen Transportkosten wegen der meist sehr entfernten Bahnverbindung zum Stillliegen der Schieferbrüche beigetragen. Wir hegen die Auffassung, daß die dortigen Steinbrüche noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Mit der im Laufe künftiger Jahre notwendig werden neuen Bahnerschließung durch diesen Teil des Frankenswaldes wird dieses Gestein wieder Bedeutung gewinnen und der Abbau lohnender werden.

Die Schiefertafelfabrikation hat im Frankenswald ebenfalls eine Stätte. Der zu den Tafeln verwendete Schiefer hat aber im Frankenswald keinen Heimatboden, ja nicht einmal in Deutschland, sondern in Frankreich. Die Fabrikation hat sich dort eingenistet in der Hauptsache wegen der billigen Arbeitskräfte und dann wohl wegen des Holzreichtums für die Tafelrahmen. Zwischen 40 bis 50 Pfg. schwankt der Lohn für einen eingefügten Facharbeiter. Zehn Stunden Arbeitszeit, Tag- und Nachtschicht und keine — Organisation. Ein wegen Streikbrechern verachteter Streik soll die Veranlassung der nunmehr anhaltenden Indifferenz sein. Diese Arbeiter gehören organisatorisch wohl zum Holzarbeiterverband, weil die Rahmenarbeit zu den Tafeln die Haupttätigkeit ist. Für uns ist von besonderem Interesse, daß in der maschinellen Bearbeitung der Schieferplatten (Trodenschiff) eine ausgezeichnete Staubsaugvorrichtung vorgesehen ist, die wöchentlich weit über 100 Zentner feinsten Schieferstaub liefert. Dieser für die Atmungsorgane so gefährliche Steinstaub kommt in die Farbenfabrikation und bringt dem Schiefertafelfabrikanten noch einen erheblichen, mühseligen Gewinn. Es wird natürlich so getan, als wenn diese Staubsaugvorrichtung in erster Linie mit Rücksicht auf die Lungen, also auf die Gesundheit der Arbeiter geschaffen wurde. Wir hegen darüber berechtigte Zweifel, denn die sonstigen Anlagen in der Fabrik stehen dem strikt entgegen. Wie schädlich der Schieferstaub ist, davon können unsere Verbandsmitglieder in der Griffelindustrie in Thüringen erschlatternde Unterlagen bringen, denn Lungen-erkrankungen sind die Folgen dieser Berufstätigkeit. In den erwachsenen ABC-Schülern. Wir können hier mit Recht von einer Berufskrankheit der Griffelarbeiter reden, genau so wie wir in der Steinbearbeitung. Fast ebenso schlimm wie die Sandstaubbearbeitung räumt der Schieferstaub unter den Griffelmachern auf.

### Der neue Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Nach dem neuen Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 sind über den Steuerabzug vom Arbeitslohn folgende Bestimmungen getroffen:

Zunächst bleiben, wie bisher, für den Arbeitnehmer vom Steuerabzug frei 960 RM. jährlich (80 RM. monatlich, 19,20 RM. wöchentlich) gegen bisher 18,60 RM. wöchentlich). Außer diesen Beträgen bleiben für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau sowie für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind (auch Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abstammliche) je 10 vom Hundert des Arbeitslohns, der über die vorstehend genannten Beträge hinausgeht, vom Steuerabzug frei. Auf jeden Fall sollen aber steuerfrei bleiben mindestens für die Ehefrau und das erste Kind je 10 RM. monatlich, 2,40 RM. wöchentlich, für das zweite Kind 20 RM. monatlich, 4,80 RM. wöchentlich, für das dritte Kind 40 RM. monatlich, 9,60 RM. wöchentlich, für das vierte und jedes folgende Kind 50 RM. monatlich, 12 RM. wöchentlich. Kinder im Alter von mehr als 18 (bisher 17) Jahren, die selbst Arbeitslohn beziehen oder Einkünfte aus einer selbständigen Berufstätigkeit haben, werden nicht gerechnet.

### Aus dem Wetterwinkel.

Ein Ausfragebegeh. — Seine Folgerung für die Steinklopfer.

Den Lesern des „Steinarbeiter“ habe ich schon mehr wie einmal von den Erlebnissen an der Straße etwas mitgeteilt, denn neben dem Alltäglichen kommt doch hin und wieder etwas Neues vor, was zum Nutzen aller Steinklopfer verwendbar ist.

Kürzlich sage ich, das unfeindliche regnerische Wetter verunsichernd, ohne besondere Gedankenarbeit vor meinem Steinhäufen und lasse mechanisch Arm und Schlägel arbeiten. Im regelmäßigen Rhythmus purzeln die Steine zu den anderen auf den großen Haufen, zur ungefähren Masse. Diese Zerklüftung der „Flecke“ befördert gut an diesem Spätmorgen, dabei merkte ich schon seit längerem, daß neben mir, wie es öfter vorkommt, ein Herr steht und recht aufmerksam den Hammer schlägen zuschauet. Erst nach geraumer Zeit läßt er den Hut zum Gruß. Ich mache ohne ein Wort zu sagen, eine ähnliche Bewegung nach meinem Oberflächchen und klopfe im übrigen, unbekümmert um den Besuch, meine Holzeln weiter. Immer derelbe Hieb, Schlag auf Schlag! Ich muß gestehen, daß ich bei der Rührigkeit auch hinterlistig war. Diese stumme neugierige Zuschauer habe ich manchmal sehr satt; ich richte meinen Hammer Schlag dann so, daß die Steinsplitter nach jener Seite springen und in den meisten Fällen hat die Zuschauererei dann recht schnell ein Ende. — Steinklopferkadenreude! Diese Hiebpraxis ist nun durchaus nichts Bösartiges, sondern ist berechtigter Abwehr; sie gipfelt in dem Satz: „Ich will mei' Kuh haben“ vor aufdringlicher Ausfragerei! Aber heute hatten meine Steinspringer anscheinend nicht die alte fortblühende Kraft. Der Herr stand immer noch da und als ich unwirsch aufschaute, sah ich sogar, daß er die Tauchhür in der Hand hielt, um danach den Pulsschlag meines Hammers zu kontrollieren. Es ist wahrheitsgemäß jedem begreiflich, daß nach dieser Feststellung es in mir gärte, trotz weiterer regelmäßigen Gebrauchs des Schlägels. Dieses Arbeits-Pulsfühlen war mir denn doch zu bunt, das hatte bisher in meiner langen Praxis noch nicht einmal ein Vorgeleser getan, folgedessen hatte ein Willkürer dazu keine Vollmacht, geschweige denn ein Recht. Mir fiel im schnellsten Gedankengang dabei unklar ein, was ich gelegentlich einmal über das amerikanische Taylor-System gelesen hatte und nun dieser Neugierige mit der Uhr in der Hand? Was bezweckte er? Dem mußte ich auf den Grund kommen! Noch ein paar kräftige Schläge mit reichlich seitlichen Steinspringern, dann richte ich mich auf und mache Pause. Da es kurz vor Mittag ist, verschlägt nichts, ob ich 5 Minuten früher beginne, denn beim Arbeitsanfang gleiche ich es von selbst wieder aus. Der Herr geht jedoch nicht und tritt sogar Anstalten, sich bei mir niederzulassen. Auf meinen knurrend-tragenden Blick bekam ich zu wissen, daß er eine Ferienreise macht, Pressemensch ist und Interesse hat für alles. Nun merke ich etwas beruhigt, daß eine regelrechte Ausfragerei beginnt. Im Fremdwort, glaub ich, heißt es „Interview“ und wird angewandt, wenn politische Persönlichkeiten, wie Minister usw. ausgefragt und ausgehorcht werden sollen. Ich denke: Der Steinklopfer-Hannes kann sich ja auch mal interviewen lassen. Die Sache fing an, interessant zu werden. Der Herr fragte mich, während ich meinen „Hans“ mit den Zähnen zerklünnerte, wie schwer meine Hämmer sind, er wollte sogar wissen, wieviel Schläge ich in einer Minute mache, wieviel ihm Steinhäufen in der Woche fertig würden, wie hoch der Lohn, wie lang die Arbeitszeit. Ueber die ersten zwei Fragen hatte ich überhaupt noch nicht nachgedacht; die anderen waren mir allerdings geläufig. Der Herr zog einen Notizblock aus der Tasche, rechnete kurz und sagte dann zu mir, nachdem noch einige Fragen und Antworten zwischen uns hin und her gegangen waren:

„Ihr Schlägel, Steinklopfer, ist ca. 1 1/2 Pfund schwer, Ihr Vorschlaghammer 3 Pfund. Im Durchschnitt machen Sie einschließlich des Gebrauchs des Vorschlaghammers zum großen Zerklüngen der größeren Steinbrocken 40 Schläge in der Minute, das sind 2400 Schläge in einer Stunde. Bei achtstündiger Arbeitszeit 19200 Schläge pro Tag und 270 Arbeitstage im Jahr gerechnet, pro Jahr 5 184 000 Hammer schläge. Mit diesen Millionen Hammer schlägen verdienen Sie sich den Lebensunterhalt und haben dann am Jahresluß ca. 450 cbm Straßenschotter geschlagen.“

Ich horchte natürlich auf, denn auf diese Art habe ich bisher nicht über meine Arbeit nachgedacht und sie auch nicht zahlenmäßig fixiert. So ein Studierter kann das alles mit Leichtigkeit und wenn jeder Steinklopfer, auch die besseren, auf die angeführte Art ihre Arbeitsleistungen festhalten könnten, ich glaube, bei den Lohnfestsetzungen hätten die Steinklopfer-Großklopfer einen recht schweren Stand. Das brachte ich auch meinem Ausforscher gegenüber zum Ausdruck. Worauf er sagte „ganz richtig“ und mir auch zu erklären versuchte, daß man an Hand der Arbeitsleistung außerdem den künftigen, den täglichen, ja jährlichen Kräfteverbrauch des Arbeiters in der Steingewinnung und Steinbearbeitung genau berechnen und dann Vergleiche ziehen könne mit der Arbeitsleistung anderer Berufe, um so die körperliche Mehranstrengung festzustellen und die daraus bedingte höhere Entlohnung herbeizuführen.

Ein Meterkilogramm (das ist, wie er sagte, die Verbiegung des Angriffspunktes einer Kraft von 1 Kilogramm um 1 Meter) sei die Einheit zum Feststellen des Kräfteverbrauchs bei der Arbeit. Für mich ein neues Gebiet, deshalb erzähle ich davon auch an dieser Stelle; kann allerdings das Gebörte nur andeutungsweise wiedergeben. Es wird den Steinklopfern wohl begreiflich sein, daß ich bei dieser Unterhaltung warm wurde und im stillen meine hinterlistigen Steinprüber zum Vertreiben wirklich bedauert habe. Meinen Auszager, der sehr viel von mir wissen wollte, habe ich auf den nahen Granit-Steinbruch verwiesen und die dortige schwere Knochenarbeit geschilbert. Ich glaubte dazu berufen zu sein, weil ich diese Arbeit aus eigener Praxis kenne. Der Interviewer hat fleißig notiert, als ich ihm die Art der Tätigkeit im Steinbruch vor Augen führte, wie: Herstellen von Bohrlöchern, das Sprengen vom Felsen, das Herstellen von Keillöchern, das Zerlegen der großen Stein-Blöcke, das Umlegen derselben, die Würgerei an ihnen mit der Brechhange, das Zerklüngen nach vorherigem Einritzen, die vielseitige Arbeit der Steinhauer und die einfachere der Schleifer und im weiteren die der Pflastersteinmacher habe ich nicht vergessen. Dann habe ich auf das Gewicht der zu verwendenden Werkzeuge im einzelnen hingewiesen, wogegen meine Hämmer zum Schottererschlagen das reine Spielzeug sind. Die Bohrer wiegen im Durchschnitt wohl 30 Pfund, Bohrhammer ca. 20, ein Schlägel 4 Pfund, Brechhange ca. 30 und ein Stahlhammer zum Keilen mindestens 20 Pfund. Ein anderer noch notwendiger Hammer 18 Pfund. Ein fertiger Pflasterstein wiegt 20 bis 25 Pfund, dabei werden diese Steine oft mit der Hand auf 3 bis 4 Meter entfernte Häufen geworfen. Dazu schilberte ich die Bladerei im Afford. Die Arbeit im Sonnenbrand, wenn im Steinbruch wegen seiner feinsten Lage kein Lüftung sich regt und die Sonne von der Felsenwand glühend zurückstrahlt. Besonders ihyllisch ist im Winter, wenn die eisernen Werkzeuge vor Kälte an den Händen kleben bleiben. Das unbequeme Tragen der Schutzbrillen, die Arbeit beim Regen. Dazu kommt an- und abschließend der eilige Kilometer weite Weg von und zur Arbeitsstelle. — „Schwere Arbeit, laures Brot, die reine Cyklopenarbeit“ murmelte der Pressemensch. „Und die Entlohnung —?“ fragte er. Nun, die Affordarbeiter kommen hin und wieder auf ihre Rechnung, wenn Stein und das Wetter erträglich sind, aber die Steinbrecher

und die Hilfsarbeiter werden der körperlichen Anstrengung und der Gefährlichkeit der Steinbrucharbeit entsprechend recht ungenügend entlohnt! Sinnend schaute mein Interviewer auf seine Notizen, die er sich bei meiner Schilderung gemacht hatte, dann meinte er: „Sicher nehmen die Arbeiter in der Steingewinnung und Steinbearbeitung, was körperliche Anstrengung betrifft, den höchsten Platz mit ein. Den Unternehmern in der Steinbruchindustrie kommt die Natur bei der Lohnbemessung zu Hilfe; denn die Betriebe liegen naturgemäß auf dem sogenannten platten Lande, wo das Gros der Arbeiter etwas eigene Wirtschaft hat. Sie bleiben deshalb mit ihrem Lohn im Vergleich zur Stadt zum Teil recht weit zurück. So bewirkt die persönliche, häusliche Emsigkeit der ländlichen Arbeitsbienen in der Steinindustrie einen ungewollten Lohndruck auf der anderen Seite. Hier muß eben die Organisation, die Vereinigung der Steinarbeiter ausgleichend wirken! Sie kann das mit Zug und Recht, denn die Steinklopfer aller Schattierungen gehören zu den schwerst arbeitenden Arbeiterschichten, sie verbrauchen mehr Wärmeenergie und benötigen folgedessen eine beträchtliche Menge Nahrung mehr als der Normalarbeiter. Ohne tatkraftige Gewerkschaft ist das allerdings nicht zu schaffen!“ So rebete tatsächlich wie ein Buch mein Ausforscher, ein Studierter, dem ich erst keine Rede und Antwort stehen wollte; er sagte mir noch, daß ein mittlerer Arbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit rund 300 Wärmeinheiten verbraucht, dagegen ein Steinarbeiter bei 9stündiger Arbeitszeit 385 Wärmeinheiten. So begründete a l l o der Mann ungewollt die Notwendigkeit des Verbandes in so überzeugender Weise, daß ich bebaure, es nicht ebenso wiedergeben zu können. — Er war schon längst wieder über alle Berge und ich hatte bereits wieder ca. 9000 (neuntausend) Klid-Klad Hammer schläge hinter mir, als ich meinem Heim zurückliefe. Meine bessere Hälfte, der ich das vorstehende mit den vielen Millionen Hammer schlägen vorgetragen hatte, meinte ganz treuherzig, das sollte „ich auf alle Fälle noch einmal genau nachrechnen“; denn leit der Inflation hat sie eine ungeheure Scheu vor den großen Zahlen und denkt, es stecke dahinter keine Dedung, keine Unterlage wie bei dem Papiergeld, das bekanntlich nur eine schwindelhafte Grundlage hatte und so vielen Arbeitsleuten das längst zerklünnene Hemd gänzlich vom Leibe zog.

Die Zahlen habe ich natürlich noch einmal nachgeprüft, sie sind richtig! Aber die vielen Millionen Hammer schläge spuken jetzt bei Tag und Nacht in meinem Kopf. Wenn der studierte Interviewer nur nochmals wiederkommen wollte, dann muß er mir auf alle Fälle ausrechnen, was ich im Laufe der Jahre an Meterkilogramm, also an Kräfteverbrauch infolge der unzähligen Hammer schläge und des Hartierens mit den Steinbrocken zu buchen habe. Dann wird er auch feststellen können, was ich an Lohn zu wenig bekommen habe. Und wenn dann mein Straßenmeister und der Kreisrat und damit die ihm angeschlossenen Gemeindeverwaltungen diese Rechnung von mir erhalten, ich glaube, daß ich dann die längste Zeit gewesen bin: Der Steinklopfer-Hannes

**Spruch.**

Wenn einer ernstlich spricht: Ich will!  
Dann werden alle Räte still!  
Sich selbst muß man zwingen, will man dem Leben  
Prägung und Richtung und Inhalt geben.  
Nur die Hohlheit geht lächelnd-stumm  
Um die Klippen des Daseins herum!

Von dem die steuerfreien Beträge übersteigenden Arbeitslohn hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung einen Betrag von 10 v. H. u. d. r. f. r. für Rechnung des Arbeitnehmers als Steuer einzubehalten. Eine Abfindung dieses Hundertteljahres je nach der Zahl der Familienangehörigen findet natürlich nicht mehr statt, da ja dafür die steuerfreien Beträge für die Familienangehörigen in Anspruch kommen.

So bleiben beispielsweise bei einem Arbeitnehmer mit Frau und drei Kindern steuerfrei 19.20 + 2.40 + 2.40 + 4.80 = 9.60 Reichsmark = 38.40 RM. Betrag der Wochenlohn 45 RM., so wäre der überschüssige Betrag in Höhe von 6.60 RM. mit 10 v. H. zu versteuern. Der Steuerbetrag wäre 66 Pfennig. Ein Steuerbetrag, der wöchentlich 20 Pfennig nicht übersteigt, wird nicht erhoben.

Eine Berechnung des für die Ehefrau und drei Kinder bei einem Wochenlohn von 45 RM. steuerfrei bleibenden Betrages nach dem Hunderttag würde nur die Summe von 10.32 RM., zusammen mit dem für den Arbeitnehmer frei bleibenden Betrag von 19.20 Reichsmark also nur 29.52 RM. ergeben, so daß diese Berechnung hier nicht anzuwenden ist. Die Berechnung wäre: 45 RM. weniger 19.20 RM. (steuerfreier Betrag für den Arbeitnehmer) = 25.80 RM. mal 1/10 = 2.58 RM. Erst bei einem Wochenlohn von etwa 70 RM. würde sich bei gleichem Familienstande (Ehefrau und drei Kinder) die Berechnung nach dem Hunderttag für den Arbeitnehmer günstiger auswirken. Nach den bisherigen Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn (Gesetz vom 29. Mai 1925) würde bei obigem Beispiel der Steuerabzug 1.05 RM. ausmachen.

Die neuen Vorschriften über den Steuerabzug finden erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der für eine nach dem 30. September 1925 erfolgende Dienstleistung gewährt wird. Nähere Durchführungsbestimmungen dürften noch erlassen werden.

## Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkampfe. Streit (Steingewinnung und -bearbeitung): In Wühlberg bei der Firma Gebr. Kerber und Michl Scheiff, Bruch Dugberg (Unterakkordant von Gebr. Kerber). In Breslau (Steinmehlen).

Gesperit: Granitwerk Köppler in Schmalkalden. Betrieb Kappel u. Co. in Wildemann, Betrieb Johannes Sachsenheimer in Wühlberg (Baden). — Die Steinmehlfirma Unglaube, Frankfurt a. O. und Mühlberg (Mort). — Die Betriebe der Firma Elles-Witten in Schüren, Esborn und Witten wegen Tarifstreik. — In Detmold die Firma Hugo Meier u. Sohn. — In Tiefenstein der Betrieb Maier. — In Billingen der Betrieb Kempf. — In Esfurt für Steinmehlen alle der Firma Otto Hante (Eisenbetonbau) gehörenden Baustellen wie der Brückenbau bei Gebesen und Schleusingen.

Gelebte Bewegung: Der Streit in Langensalza-Mühlhausen mit Erfolg.

Keine Einreise von Granitarbeitern nach Buenos Aires. Wir werden durch unser internationales Sekretariat in Zürich verständigt, daß in Buenos Aires (Südamerika) einige Granitfirmen wegen Lohnhöhenunterschieden boykottiert sind. Doch haben sich aus Italien, Österreich und Deutschland Kollegen gefunden, die in ihrer Heimat nicht organisiert waren, trotzdem aber gegen die südamerikanischen Granitfirmen nicht Solidarität üben. Eine Intervention durch den Sekretär der dortigen Organisation blieb bei diesen Aufschütlern wirkungslos. Vor Zuzug von Granitarbeitern nach Buenos Aires wird gewarnt.

Alle Verbandstätigkeiten, die ihren Arbeitstag von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenverwalter zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Untersuchen dieser selbstverständlichen gemeinschaftlichen Pflicht kann der Ausschluß aus dem Verband verzögert werden. Kollegen, die Solidarität auch in den kommenden Wochen, wo infolge des Einflusses der Witterung und der Wirtschaftsbeklemmung die Arbeitslosigkeit größer wird!

Zur Stärkung des Kampffonds hat der Vorstand eine Extraktere ausgesprochen, das nähere darüber wurde sämtlichen Zahlstellen durch Rundschreiben mitgeteilt. Die notwendige Stärkung des eisernen Bestandes soll nach folgender Grundlage sich vollziehen:

bei Wochenverdienenden	bis zu 30 Mk.	0.50 Mk. pro Woche
über 30 bis 40	1.50	" " "
40 " 50	2.50	" " "
50 " 60	3.50	" " "
60 " 70	4.50	" " "
70 " 80	5.50	" " "
über 80	6.50	" " "

und zwar auf 4 Wochen von der 38. Woche ab. Es ist darauf hingewiesen worden, daß nur die in Arbeit stehenden Verbandstätigkeiten die Steuer zu entrichten haben, wer aber nur vorübergehend in der betreffenden Zeit außer Beschäftigung kommt, wird trotzdem ebenfalls durch evtl. spätere Leistung seinen Teil zur Stärkung der Hauptkasse beitragen, dessen sich wir sicher. In diesem Sinne haben erfreulicherweise bereits eine Anzahl Kollegen geschrieben. Andererseits läßt bei einem Teil Mitglieder Extraktere Unzufriedenheit aus, das ist sehr begründlich und bei manchem, dem die Ueberzeugung über die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft nicht sehr fest sitzt, kann das Veranlassung sein, sich wieder zurückwärts in die Büsche zu ziehen. Und trotzdem ist nicht leicht, wie Unzufriedene von der Notwendigkeit der Extraktere zu überzeugen. Ein Beweis dafür ist der Bericht in dieser Nr. aus Uebermähosen. Der einzelne braucht nur auszurechnen, welche Einnahmen er mit seinen regelmäßigen Beiträgen der Hauptkasse verschafft und welche Ausgabe er als einzelner im Bedarfsfall verursacht. Dann kommt er nicht nur zur Auffassung, daß die Extraktere notwendig ist, sondern er wird Kritiker und Unzufriedene zweifellos eines Besseren belehren.

Darum, Kollegen, stärkt den Fonds in eurem eigenen Interesse!

Eine wichtige Konferenz der Pflasterer- und Schotterarbeiter. fand unter Hinzuziehung der Gau-, Bezirks- und Zentralangestellten am 12. September in Leipzig statt. Die Konferenz beschäftigte sich eingehend mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Gruppe der Natursteinindustrie. Die Behandlung der einschlägigen Fragen und Probleme wurde jedoch als interne Verhandlungsangelegenheit bezeichnet, so daß ein ausführlicher Bericht nicht nötig erscheint. In sachlicher, kameradschaftlicher Aussprache wurde die Situation besprochen, aus der zu entnehmen war, daß die Lage in der Pflastersteinindustrie keiner Zerstückelung der „Konjunktur“ gleichkomme, sondern, daß es nur ein Zurückdrängen und Zurückstellen der außerordentlichen Anforderungen für Straße und Straßenbau sei, verursacht durch die Kredit- und Geldkrise. Die Anforderungen bleiben nicht im Hintergrunde, sondern sie werden in der Zukunft noch wachsen und mit vermehrter Kraft zur Ausführung drängen. Die Teilnehmer der Konferenz fanden zum Teil kräftige, aber berechtigte Worte gegen die Qualität und Quantität des Pflastersteinmaterials, das in den letzten Monaten auf den Markt geworfen wurde. Ueber die in Zukunft zu beobachtenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschte durch Mehrheitsbeschluß Einmütigkeit. Die Teilnehmer trennten sich mit dem Gelübnis, alles in Kollegentreue anzubieten, um den Rückhalt im Verbande zu stärken.

Die Bezirkskonferenz für beide Mecklenburg und Vorpommern fand am 30. August in Waren statt. Vertreten waren die Zahlstellen Feldberg, Greifswald, Neubrandenburg, Parchim, Rostock, Schwerin, Stralsund und Waren. Die Zahlstellen Anklam, Bützow, Demmin, Fürstensee, Neukloster, Stargard, Wismar, Wolgast und Friedland hatten von einer Delegation Abstand genommen. Kollege Mahnde,

der Vorsitzende der Zahlstelle Waren, hieß die Erschienenen willkommen. Zu Leitern der Konferenz wurden Schütt-Rostock, Mahnde-Waren, Lambrecht-Feldberg und als Schriftführer Stöcker-Waren gewählt. Die Tagesordnung war folgende: Bericht des Gauleiters über die Tarif- und Lohnverhältnisse, a) Steinseger- und Straßenbaugewerbe, b) Stein- und Marmorindustrie. 2. Aussprache und Erledigung der Anträge hierzu, 3. Verbandsangelegenheiten, a) Lage des Verbandes, b) finanzielle Stärkung desselben. 4. Verschiedenes.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung zeigte der Gauleiter Gödemeyer in fast zweistündiger Rede ein Bild von der Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Steinsegergewerbe und in der Steinindustrie. Bei der Betrachtung der letzteren wurde besonders auf die Verhältnisse in der Schotterindustrie hingewiesen. In der Aussprache ging Kollege Schütt-Rostock auf die Verhältnisse der Steinmehlen, Schleifer und Marmorarbeiter ein und wandte sich besonders gegen das Affordsystem in diesen Branchen. Für die Hilfsarbeiter in den Schleiferbetrieben muß besonders eingetreten werden. Kollege Mahnde-Waren ging auf den Rückgang der Organisation in dem Schotterwerk Rehwitz und auf den Tarifabschluß in dem Steinbruch Waren ein. Beischiessen wurde, alles zu tun, um in den genannten Betrieben die Organisation zu festigen und auf die alte Höhe zu bringen. Für das Straßenbaugewerbe kritisierte Kollege Müller-Rostock einige Punkte des bestehenden Vertrages. Trotz der Einstellung der Unternehmer und der Regierung müssen wir weiter versuchen, die Löhne der Teuerung auszugleichen. Die Kollegen Wulf-Güstrow und Gerz-Neubrandenburg sprachen im gleichen Sinne. Kollege Leisch-Greifswald ging besonders auf die Wohlfahrtsrichtung des Tarifvertrages ein. Er vermißt hier die Initiative des einzelnen Kollegen, die ohne weiteres zur Durchführung dieser Tarifbestimmung notwendig sei. Die Kontrolle muß in dieser Hinsicht eine viel schärfere werden, damit die Unternehmer restlos die Beiträge zur Wohlfahrtsrichtung abführen. Weiter wurde das Verhalten der Steinseger auf den Staatsbauwerken sehr scharf kritisiert. Hier haben sich Zustände herausgebildet, die diesen Kollegen die größten Nachteile bringen. Kollege Stöcker-Waren trat daher warm für die Beibehaltung des Steinsegers in dem jetzt bestehenden Vertrage ein. In seinem Schlußwort ging der Gauleiter Gödemeyer auf alle Fragen ein, die in der Aussprache behandelt wurden. Bei der Erneuerung der Lohnkommission stellte er fest, daß leider der Kollege Wilken-Schwerin, der lange Jahre Mitglied derselben gewesen ist, sein Amt niedergelegt habe. Mit Bedauern nahm die Konferenz dies entgegen. An seine Stelle wurde Kollege Stöcker-Waren gewählt. Im weiteren ging der Gauleiter auf die so notwendige Stärkung des Verbandes ein. Große Kämpfe waren wir zu führen gezwungen. Aus diesem Grunde muß jeder Kollege angefaßt der Erfolge dazu beitragen, daß der Verband immer weiter gestärkt und gestärkt wird. Die Kollegen sagten die Unterstützung im weitesten Maße zu. Nachdem sämtliche vorliegenden Anträge der Lohnkommission überwiegen wurden, schloß Kollege Schütt die Konferenz am späten Nachmittage und dankte den Kollegen von Waren für die freundliche Aufnahme.

Steinseger und Pflasterer. Waren. (Verpätet.) Zu dem Artikel in Nummer 34 vom 22. August sendet uns der darin genannte Herr Zacharias, Steinsegermeister und Tiefbaugeschäft in Waren nachstehende Bescheinigung:

Herrn Steinsegermeister Zacharias-Waren wird hierdurch bescheinigt, daß er für seine Forderungen an das Amt stets die Löhne, wie sie sich nach dem Tarif stellen, zugrunde gelegt hat. Eine Mehrforderung mit der Begründung, es sei Lohnhöheerhöhung eingetreten, ohne daß dies der Fall gewesen ist, ist von Zacharias bisher nicht erhoben worden.

Waren, den 31. August 1925. Der Amtsausschuß, gez. Burmeister.

Damit ist der konkrete Vorwurf, wie in Nummer 34 erhoben, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Ferner verlangt Herr Zacharias den Namen unseres Gewerkschaftsmannes zu wissen wegen Klage. Diesen Wunsch hätte er sich sparen können; denn Verantwortung trägt der Redakteur für die nicht mit Namen gezeichneten Artikel und Notizen; er heißt: Herm. Siebold.

Schwerin. Am 3. September fand am Ort eine gut besuchte Versammlung der Zahlstelle statt. Gauleiter Kollege Gödemeyer aus Hamburg berichtete in verständlicher Weise über eine Konferenz in Waren betreffs Tarif- und Lohnverhandlung. In der Aussprache wurden einige Bestimmungen über Steinseger eingehend besprochen. Im „Verschiedenen“ begründete der Gauleiter die Notwendigkeit der Extraktere. In der Debatte erkannten die Kollegen die Gründe an, bei einigen herrschte Zweifel, ob die Extraktere in ihrer Staffelung am verdienten oder ausbezahlten Lohn zu berechnen sind. Die Versammlung beschloß dann, die Grundlage nach dem verdienten Lohn anzunehmen, sowie es bisher immer üblich war. Von den Kollegen wurde dann Beschwerde geführt, daß die Firma Brau & Reimers im Afford arbeiten läßt und den Achtstundentag nicht respektiert. In beiden Fällen hat die Firma Abhilfe zugesagt! Die Kollegen haben hier leider selber schuld, das stellte sich auch heraus bei einer Aussprache des Gauleiters mit der Firmenvertretung. Zugereifte Kollegen und sogar der bisherige Vorsitzende unserer Zahlstelle, Kollege Fr. Meth haben sich zu längerer Arbeitszeit gedrängt. Es ist, wie in der Versammlung scharf zum Ausdruck kam, ein Standal, daß Arbeiter selbst ihre Errungenschaften zusammenzrampein. Der Kollege Schenburger geißelte diese Zustände und übte berechtigte Kritik an dem Verhalten des Kollegen Fr. Meth. Die Versammlung wählte einen anderen Vorsitzenden.

Verden. Der Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag scheint auch seine Wellen in unser Gewerbe schlagen zu wollen. Es wird bekannt sein, daß in den nordnordwestlichen Heidegebenden die Arbeitszeit im Steinsegergewerbe vor dem Kriege die längste in Deutschland war. Diese lange Arbeitszeit ging neben den geringen in den Kreisen gezahlten Löhnen einher. Nach dem Kriege ist eine wesentliche Verringerung eingetreten. Doch hat es jetzt den Anschein, als wenn die früheren Zustände wieder einzuwirken sollten. Bei der Firma Wegener-Verden fand eine Anzahl Kollegen tätig, die die Arbeitszeit bis zu 12 Stunden täglich ausdehnen. Den Schaden, den diese Kollegen dem Berufe und den Kollegen allgemein durch ihre ungebändigte, aber ebenso unwirtschaftliche Arbeitszeit zufügen, scheinen sie nicht einzusehen. Die Arbeitsgelegenheit ist wirklich nicht mehr die glänzende. Würden diese Kollegen die achtstündige Arbeitszeit einhalten, dann bräuchten nicht eine ganze Anzahl Steinseger des Kreises Verden in auswärtigen Arbeitsorten, wie Bremen, Lehrte, Celle usw. tätig zu sein, dann könnten es auch diese Kollegen in der Heimat, ohne daß sie doppelten Haushalt zu führen bräuchten. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, dann ist der Bezirk Verden wieder wie vor dem Kriege das Gebiet, wo die längste Arbeitszeit im Steinsegergewerbe vorherrscht, aber es wird auch wieder in Erscheinung treten, daß diese überlange Arbeitszeit die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland zur Folge hat. Lange Arbeitszeit, niedriger Lohn, kurze Arbeitszeit, höherer Lohn, diese Erfahrung hat ihr doch in den Nachkriegsjahren in reichlichem Maße in unserm Bezirke machen können. Darum laßt ab von eurer übermäßigen Ausdehnung der Arbeitszeit, ihr schädigt euch selbst und die Gesamtheit der hiesigen Steinseger in der unheilvollsten Weise.

Steinarbeiter. Uebermähosen. Am Samstag, dem 12. September, fand eine außerordentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Rundschreiben des Zentralverbandes, betreffs Kampffondsarbeiten. Vorsitzender Kollege Schorr verlas dasselbe und legte um es den Kollegen leicht begreiflich zu machen, daß für Satz den Zweck der Kampffondsarbeiten klar. Da der Besuch der Versammlung durch die wirtschaftliche Lage der Kollegen stark beeinträchtigt ist, war es für den Vorsitzenden nicht leicht, denn die Kollegen nahmen erst eine ablehnende Haltung an. Erst als der Vorsitzende den Vergleich zwischen Einzahlung in die Hauptkasse und die Auszahlung der-

selben beim Streit, den wir selber hatten, auseinandersetzte, kam es zu einer zustimmenden Aussprache, und die anwesenden Kollegen versprachen, das kleine Opfer, und wenn es noch so schwer fällt, ebenfalls zu bringen, denn die meisten verdienen keine dreißig Mark. Was die Jugendlichen, die keine zehn bis zwölf Mark verdienen, zahlen, wurde dem örtlichen Vorstand überlassen, um mit dem Zentralvorstand Rücksprache zu nehmen. Nachdem die örtlichen Verhältnisse besprochen und eine Neuaufnahme gemacht wurde. (die dritte im dritten Quartal), schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung, fest und treu zur Sache zu stehen, die schon verlaufene Versammlung.

Königsberg. In der am 12. September d. J. stattgefundenen Versammlung der Steinmehlen wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Steinmehlen erheben scharfsten Protest gegen die eingeriffene Unsitte, Hilfsarbeiter mit Steinmehlarbeiten (Stoßen und Scharrieren von Kunkstein usw.) zu beschäftigen und werden solches mit den ihnen zu Gebote stehenden Maßnahmen zu verhindern wissen!“ — Im andern Fall sucht ein hiesiger Unternehmer Wornowski im „Steinbildhauer“ Steinmehlen. Zwei Kollegen treffen nun hier ohne Anfrage ein und werden nicht eingestellt. Bei Nachfrage auf andern Plätzen treffen sie den Kassierer an, der sofort nach dem Verbandsbuch fragt. Darüber erstaunte Gesichter und die Frage: „Sowas gibst hier auch?“ Natürlich waren es Unorganisierte, die auf Geheiß im „Steinbildhauer“ reingefallen sind. Der Vorsitzende, Kollege Casper, dankte in beiden Fällen den Kollegen für das kräftige Einschreiten. Die gefaßte Resolution wird jedem hiesigen Unternehmer zugehen. Diese möchten sich in Fällen der Konjunktur an die Zahlstellen wenden, die dann wiederum den streikenden Kollegen in andern Orten damit helfen wird, und dadurch ihr Rückhalt steigt. — Hierauf wurde das Rundschreiben der Zentrale bezüglich Leistung von Extrakteren für die Dauer von vier Wochen versehen, besprochen und zugestimmt.

Langensalza. Am 1. August 1925 traten die Kollegen des Bezirks Mühlhausen-Langensalza mit folgender Begründung in den Streit:

Da am 7. Juli der Lohnanhang im Baugewerbe abgelaufen war, wurde eine Lohnforderung eingereicht, und zwar von 25 Prozent, sowie Entbindung vom Baugewerbe. Die Unternehmer lehnten dies ab und boten 5 Prozent. Dieses wurde von den Kollegen abgelehnt und die Arbeit im ganzen Bezirk am 1. August niedergelegt. Die Kollegen standen sieben Wochen in Streit. Während dieser Zeit fanden fünf Lohnverhandlungen sowie zwei Schlichtungsausschüsse statt, die zu keinem Resultate führten. Als die Kollegen drei Wochen im Streit standen, traten die Eltern der beschäftigten Lehrlinge an den Bezirksleiter Kollegen Wolf heran mit der Beschwärde, daß die Lehrlinge den Eltern mitgeteilt haben, daß sie während des Streiks Arbeit verrichten müssen, die nicht dem Lehrberuf entsprach. Da die Jungen bei uns organisiert sind, waren wir moralisch gezwungen, die Eltern in dieser Hinsicht zu unterstützen. Aus diesem Grunde wurden die Lehrlinge dem Betriebe ferngehalten. Am 15. September fand abermals eine Lohnverhandlung statt, wo von Unternehmenseite aus folgendes Angebot gemacht wurde:

1. Der Stundenlohn der Steinmehlen wird von 95 Pfg. auf 1.10 Mk. erhöht. Der Affordtag von 142 Prozent auf 165 Prozent. Der Stundenlohn für gelernte Berufe von 81 auf 95 Pfg. Maschinenarbeiter von 75 auf 87 Pfg. Ungelernte Arbeiter von 65 auf 75 Pfg.
2. Der Streit unterbricht das Arbeitsverhältnis nicht. Alle Streikenden haben bis Montag, den 21. September, die Arbeit aufzunehmen. Die Streikenden, welche später zurückkehren, deren Arbeitsverhältnis beginnt von neuem (behr. Urlaub).
3. Die obigen Löhne gelten:  
a) für die Steinmehlen einschl. der gegenwärtigen Lohnzulage im Baugewerbe werden prozentual dem obigen Stundenlohn und Affordtag zugerechnet bis zum Ablauf des Tarifes Ende Februar 1926;  
b) die Hilfsarbeiterlöhne bleiben in obiger Höhe so lange bestehen, bis im Baugewerbe in Mühlhausen diese Lohnsätze erreicht sind.
4. Die Lehrlinge nehmen die Arbeit gleichgültig auf. Die streikenden Punkte im Lehrverhältnis werden dem Gewerbeamt unterbreitet zum Zwecke für eventuelle zukünftige Fälle.

Es fand nach dieser Verhandlung eine Bezirksversammlung statt, in welcher abgelehnt wurde, ob das Angebot angenommen werden sollte oder nicht. Die Abstimmung ergab, daß am Montag, dem 21. September, die Arbeit wieder aufgenommen wird mit der Begründung, daß zum Ablauf des Tarifes 1926 mit dem Anhang des Baugewerbes Schluß gemacht wird.

Zum Schluß der Versammlung mahnte der Bezirksleiter die Kollegen, in Zukunft einen vollen Stundenlohn als Beitrag abzuführen, damit die Kasse des Steinarbeiterverbandes jederzeit gestärkt ist. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband

## Rundschau.

Aus dem Straßenbaugewerbe. Die besorgten sächsischen Steinsegermeister. Die Stadt Markranstädt hat die Leipzig-Frankfurter Straße pflastern lassen und, da die Sache dringlich war, den Steinsegern, Kammern und Hilfsarbeitern 145, 130, und 120 Pfg. Stundenlohn gezahlt. Gegen diese überhöhten Löhne wandte sich in einer Beschwerde an den Kreisaußschuß der Landesverband für das sächsische Steinsegergewerbe „im Interesse der Allgemeinheit“, damit die Geldentwertung nicht wieder komme! Der Ausschuß kam dieser breiten Forderung der Unternehmer gegenüber zu dem einstimmigen Beschluß, daß kein Anlaß für die Beschlußbehörde gegeben sei, der Stadt eine Anweisung zu erteilen. — „Allgemeinwirtschaftsinteressen“ und „Geldentwertung“ werden von den Steinsegermeistern nur vorgeschützt, in Wirklichkeit ist es der damit gedeckte Ansturm gegen die Regierarbeit der Gemeinden. Die Kreisaußschußmitglieder haben scharflich ebenso wie sonst Eingeweihte den Mephisto-Pferdefuß der Steinsegermeister in ihrer Beschwerde deutlich genug gesehen. Wie kann man auch so ungeschickt sein? Wir fondolieren!

Strassenbau in Bayern. Der bayerische Innenminister Stüzel gab, wie wir der Zeitschrift „Die Straße“ entnehmen, in einer wirtschaftlichen Zusammenkunft auf die Frage: Was soll bezüglich des Straßenbaues in Bayern geschehen? folgende Auskunft:

Zunächst können wir keine eigenen Automobilstraßen bauen, dagegen müssen wir bemüht sein, die vorhandenen Straßen für den Automobilverkehr herzurichten, z. B. durch Befestigung zu enger Kurven, von allzu steilen Steigungen und Gefällen und durch Umgehung einzelner Ortschaften. Die Straßenherstellung soll in einer Weise erfolgen, daß sie den Autobedürfnissen entspricht; vor allem muß die Straßendecke derart sein, daß die Staubplage in Wegfall kommt.

Nicht nur auch eine strenge Straßendisziplin. Zur Zeit läßt sie zu wünschen übrig. Es werden demnächst in ganz Bayern bestimmte Gendarmeriestationen besonders mit der Straßenüberwachung beauftragt werden.

Ueber das System des Straßenbaues ist man sich im allgemeinen im Klaren. Bei der Pflasterung ist das Kleinpflaster zu bevorzugen.

Im weiteren berichtete der Minister über den Bau der Probefstraße auf der Straße München-Tegegnsee, etwa 16 Kilometer umfänglich. An der Aufbringung der Mittel für den Straßenbau müßten diejenigen in erster Linie mitwirken, die die Straße am meisten benutzen. Durch die Besteuerung dürfte aber nicht die Automobilindustrie sowie der Kraftverkehr überhaupt geschädigt werden.

Die Bekämpfung des Straßenstaubes. In der Stockholmer Vorstadt Bromma sind in der letzten Zeit erfolgreiche Versuche gemacht worden, die Straßen durch Besprengung mit Sulfatlauge sowohl gegen die zerstörenden Einflüsse der Fahrwerke und der Witterung widerstandsfähiger zu machen, als auch die ungesunde Staubentwicklung auf den chauffierten Straßen zu ver-

mindern. Ähnliche Versuche, die in andern Vorstadtgemeinden Stadtholms gemacht wurden, haben gleich gute Erfolge aufzuweisen. Die Straßen werden in der üblichen Weise mit einer Mischung von 20-30 Prozent eingedunsteter Sulfatlauge und 70-80 Prozent Wasser besprengt, wodurch sich ihre Oberfläche mit einer harten braunen Decke überzieht, die um so widerstandsfähiger ist, je reichlicher die Straßen besprengt werden. Obwohl innerhalb eines Monats nur drei Sprengungen der Straßen erfolgten, wurde die Staubentwicklung auf diese Weise doch hervorragend gut gebunden und die Straßen selbst bedeutend widerstandsfähiger gegen alle äußeren Einflüsse gemacht. Wie der Leiter der Versuche, Zivilingenieur Wibbe, mitteilt, wird dem neuen Verfahren nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande Beachtung gezollt.

**Unfallanzeige der Arbeitgeber.** Die Arbeitgeber sind verpflichtet, jeden Unfall, der sich in ihrem Betriebe ereignet, binnen drei Tagen anzudeuten, vorausgesetzt, daß der im Betrieb Beschäftigte durch den Unfall getötet oder so verletzt ist, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Die Anzeige ist schriftlich oder mündlich der Ortspolizeibehörde des Unfallortes und der Berufsgenossenschaft zu erstatten. Auf Grund des Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung wurden die Vorschriften über die Unfallanzeige erweitert. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß Unternehmer von Betrieben, die der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen, die Unfallanzeige schriftlich unter Beifügung einer Abschrift erstatten und daß die Ortspolizeibehörde die Abschrift an den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten weitergibt. Von der Befugnis, die der obersten Verwaltungsbehörde übertragen ist, hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt Gebrauch gemacht und unter dem 16. Juli 1925 bestimmt, daß die Arbeitgeber von Betrieben, die der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen, die Unfallanzeige schriftlich in zweifacher Ausfertigung der Ortspolizeibehörde zu erstatten haben. Die Ortspolizeibehörde hat dem Gewerbeaufsichtsbeamten Abschrift der Unfallanzeige zu übersenden. Mit dieser Vorschrift werden die Gewerbeaufsichtsbeamten an der Unfalluntersuchung beteiligt. Diese Regelung wird dazu beitragen, daß durch die Unfalluntersuchungen unter Beteiligung der Gewerbeaufsichtsbeamten die Unfallgefahren besser erkannt und die Unfallverhütungsvorschriften zum Vorteil der Arbeitnehmer und Arbeitgeber entsprechend ergänzt werden.

Die Bestimmungen über die Unfallanzeige gelten für die Arbeitgeber in gleicher Weise, wenn es sich um Weidung von Unfällen handelt, die Folgen gewerblicher Berufskrankheiten (Steinarbeiterberufskrankheit) als solche noch nicht erkannt sind. Die Meldung hat jedoch in solchen Fällen nicht an die Ortspolizeibehörde, sondern an das Versicherungsamt, das für den Betriebsfall maßgebend ist, zu erfolgen.

**Langenwank, seid gewarnt!** Der Allgemeinen Ortskrankenkasse Götha berichtet die Leitung der Sophienheilstätte Bad Berka folgendes: Unter dem Namen „Stumpfs Ralkstaubinhälor“ wird in einer „prachtvollen“ Verpackung ein Doppelgebläse aus Gummi mit zwei Glasfolben, die das Mittel verflüchten soll, zum Preise von sechs und sieben 20 Mark in den Handel gebracht. „In Anbetracht der ungeheuren Tragweite dieses Heilverfahrens“ — das angeblich dazu dienen soll, tuberkulöse erkrankte Lungen zu verflüchten — wird von der Firma Alfred Stumpfs, Kommanditgesellschaft, Leipzig 14, gebeten, „von dem Ergebnis freundlichst zur Mitteilung zu unterbreiten, damit durch noch reicheres stoffliches Material weitere Kreise Lungenleidender für diese von der Natur gezeigte Heilweise gewonnen werden.“ Dieser freundlichen Auforderung kommen wir hiermit gern nach. Patient N., der erklärt, die Wahrheit auf Verlangen mit seinem Namen decken zu wollen, inhalatierte ohne Wissen des Arztes nach der Vorschrift das beige Pulver in der sicheren Überzeugung, daß er bald geheilt sein würde. Nach kurzer Zeit traten Erscheinungen schwerer eitriger Bronchitiden auf. Der Mann, der bereits eines ausgezeichneten Gesundheitszustandes sich erfreute und kurz vor seiner Entlassung stand, kam erhebtlich zurück. Auswurf, der früher überhaupt nicht vorhanden war, trat in Mengen von 300 bis 400 Zentimeter täglich auf; dabei kommt es zu Stauungszuständen infolge der Staubeinwirkung und vorübergehender Herzschwäche. Der Patient ist zur Zeit schwer geschädigt und um Wochen in seiner Gesundheit zurückgeworfen. Er ist wirtschaftlich dadurch schwer geschädigt, außerdem ist auch die Landesversicherungsanstalt, die dem Kranken das Heilverfahren gewährte, um die bisherigen Ausgaben für die Kur geschädigt. Dabei ist zu bemerken, daß N. sich genau an die Vorschriften gehalten hat. N., der sich an die Firma wandte und auch durch einen Bekannten hinwendend ließ, erhielt bis heute keine Nachricht. Wir möchten nicht versäumen, das Publikum auf derartige gesundheitswidrige Behandlungsmethoden hinzuweisen und dringend davor zu warnen. Nicht nur, daß man Gefahr läuft, eine schwere Gesundheitschädigung davonzutragen, muß man noch obendrein für einen Gegenstand, dessen Herstellungskosten schätzungsweise den Preis von 150 Mark nicht übersteigen, 20 Mark bezahlen, und es sind nicht gerade die Reichen, denen man auf diese marktfeinerische Weise das Geld aus der Tasche zieht. Jedem denkenden Menschen, der braucht nicht einmal Sachmann zu sein, dürfte es ohne weiteres klar sein, daß durch Inhalation von staubähnlichen Fremdkörpern höchstens eine Reizung der Luftwege hervorgerufen wird, aber niemals eine wirkliche Heilung tuberkulöser Prozesse zu erzielen ist. Der Körper baut sich auf ganz andere Weise seine Kalksubstanzen, die zur Heilung der Tuberkulose Voraussetzung sind, auf. Dieser Fall wurde von den Ärzten unserer Heilstätte genauestens beobachtet.

**Von welchen Einkommenbeträgen werden die Krankenkassenbeiträge berechnet?** Die Beiträge zur Krankenkasse werden bekanntlich nach einem Grundlohn erhoben, der sich entweder aus dem wirklichen oder aber dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst eines Versicherten errechnet. Bei dieser Berechnung werden nun aber nicht nur die tatsächlich feststehenden Bezüge wie Lohn oder Gehalt berücksichtigt, sondern auch die sozialen Zuschläge wie Kinder- und Frauenzuschläge usw., ferner aber auch der einem Versicherten gewährte Unterhalt wie freie Kost, Logis usw. Außerdem sind noch zu berücksichtigen Gewinnanteile, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig statt des Gehaltes oder Lohnes neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält. Auch die den Keilnern gewährten Trinkgelder unterliegen dem Abzug. Man kann also sagen, daß sämtliche einem Versicherten zustehenden Bezüge der Berechnung des Grundlohns, nach dem sich die Beiträge richten, zugrunde zu legen sind. Für die Berechnung der Jahresarbeitsverdienstgrenze (Versicherungsgrenze), die für verschiedene Gruppen von Versicherten, wie Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte für die Pflichtversicherung maßgebend ist, ist hiervon jedoch eine Ausnahme gemacht, d. h. der Berechnung des Grundlohns werden zwar ebenfalls sämtliche Bezüge dieser Versicherten zugrunde gelegt, bei der Berechnung der Jahresarbeitsverdienstgrenze aber sind die sozialen Zuschläge nicht in Anrechnung zu bringen.

**Zahl der Konkurse im August 1925.** Bei der Erörterung der Preislenkungsaktion der Regierung wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die deutsche Volkswirtschaft noch viel zu sehr überlastet sei. Namentlich im Zwischenhandel ist die Zahl der selbständigen Existenzen noch so groß, daß die Konkursziffer ganz gewaltig ansteigen muß, soll hier eine Wendung zum Besseren eintreten. Nun zeigt die Statistik, daß der Monat August die fast niedrigste Konkursziffer des ganzen Jahres aufweist. Die Entwicklung nahm in den letzten Monaten folgenden Verlauf: August 1924 729, Mai 1925 778, Juni 1925 740, Juli 1925 788, August 1925 721.

Es ist also ein nicht sehr erfreuliches Zeichen, die Konkursziffer sinken zu sehen, in einer Zeit, die absolut keine Voraussetzungen für eine Belebung der Geschäfte bietet. Es ist vielmehr aus der Konkursentwicklung der Schluß zu ziehen, daß der Gewinn in der Produktion und namentlich im Handel immer noch so groß sein muß, daß sich selbst eine Mehrzahl von selbständigen Existenzen zu halten vermag. Nun hat die Regierung einen Gesetzesentwurf in Bearbeitung zum Abbau der Verordnung über die Geschäftsaufsicht. Die Möglichkeit, nicht Konkurs anmelden zu müssen, sondern sich unter Geschäftsaufsicht zu stellen, hat sehr demoralisierend gewirkt. Sie

hat die Reinigung der Wirtschaft verzögert. Hoffentlich wird hier ganze Arbeit gemacht, damit der Entwicklung zur Wirtschaftsgeldung freie Bahn geschaffen wird.

**Regierung und Kartellunfug.** Nach dem vielen Gerede über ein Vorgehen der Regierung gegen den Kartellunfug hat sich das Reichswirtschaftsministerium nun entschlossen, beim Kartellgericht Klagen gegen eine Reihe von Kartellen einzureichen. Die Klagen richten sich gegen den Verein Deutscher Wollkämmereien und Kammgarnspinnereien, Berlin, den Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien in Greiz, den Verband Deutscher Herrenwäschefabrikanten in Berlin, den Verband der Großhändler bunter Webstoffe und Leinwandwaren, Berlin, und gegen den Verband Nordwestdeutscher Baumwollwaren-Ausrüster Berlin. Wie mitgeteilt wird, soll es sich hier um die Entscheidung der Frage handeln, ob im inländischen Warenverkehr die Preisstellung noch in fremder Währung geschehen darf oder nicht.

Es verlohnt sich schon, einen Rückblick zu werfen, in welchem Maße die Regierung die Kartellverordnung angewandt hat. Ueber die Kartellverordnung selbst ist man wohl in Deutschland einer Meinung: sie genügt den Ansprüchen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen keineswegs; sie enthält aber in verschiedenen Paragraphen (§ 1, 4 und 10) Bestimmungen, die der Regierung ohne Zweifel Handhabe bieten, ganz energig gegen den Kartellunfug einzuschreiten. Von diesen Bestimmungen hat die Regierung bis jetzt leider keinen Gebrauch gemacht. Wahrscheinlich aus Furcht, daß der Zorn des angegriffenen Unternehmertums die ganze Kartellverordnung hinwegschwemmen würde. So war tatsächlich die Kartellverordnung ein Schwert, mit dem nicht geschlagen wurde.

Wenn sich nun die Regierung auferafft hat, mit diesem Schwert zu schlagen, so ist das angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtige Regierung nichts anderes ist als die Sachwalterin des Unternehmertums, immerhin ein bemerkenswertes Ereignis. Allerdings darf man sich von diesem Schritt absolut keine Erfolge versprechen. Denn das angerufene Kartellgericht hat bisher immer in seiner Spruchpraxis bewiesen, daß es kartellfreundlicher ist, als die Regierung selbst. Wir dürfen nur annehmen, daß es auch diesmal keine Ausnahme von der Regel machen wird.

Vor allem wird bei dem Schritt der Regierung nichts für die lägenhafte Verbilligungsaktion des Reichsanwalters Luther herauskommen. Schon der Inhalt der Klage hat nur loßen Zusammenhang mit dem Teuerungs- und Preisproblem. Außerdem handelt es sich um Dinge, die zu ihrer Abwicklung langer Zeit bedürfen. Das muß festgestellt werden, um zu zeigen, mit welchem Ernst die gegenwärtige Regierung die Verbilligungsaktion betreibt.

**Der Verband gibt für 1926 einen Taschenkalender heraus, dessen Besitz jedem Verbandsmitgliede nur dringend empfohlen werden kann.** Bestellungen der Zahlstellen sind schon jetzt erwünscht, um die Auflage zeitig zu legen. Der Preis wird ca. 1 Mk. betragen (Selbstkostenpreis). Der Inhalt ist selbstredend der Steinindustrie, dem Straßenbauwesen und unsern gewerkschaftlichen Aufgaben angepaßt und enthält außerdem die allgemeinen kalendariischen Informationen nebst freien Blättern für Notizen.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Beteiligung der Zahlstellen an der Arbeitslosen-äh lung war im Monat August noch schwächer als wie im Vormonat. Trotzdem war die Zahl der Arbeitslosen von 102 auf 257 gestiegen. Auf Vollständigkeit kann natürlich diese Zahl keinen Anspruch erheben. Brieflich ist von mehreren Orten Kurzarbeit gemeldet, eine Zählkarte ist aber am Monatschluß nicht eingelangt. Wir hoffen, daß dieses in Zukunft besser beachtet wird, damit wir einen vollständigen Überblick über die Geschäftslage in der Steinindustrie haben.

**Reisefarten 1925/26.** Die neuen Reisefarten für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 30. September 1926 sind allen Ortsverwaltungen mit dem Abrechnungsformular für das 3. Quartal übermittelt worden.

Die Ausstellung der neuen Reisefarte darf nur vom 1. Oktober ab geschehen; denn bis dahin haben die grauen Reisefarten noch Gültigkeit, wenn die Unterstützung darauf noch nicht voll erhoben ist.

Die grauen Reisefarten, auch die nicht benutzt sind, sind nach dem 1. Oktober an den Verbandsvorstand einzusenden. Auf die alten Reisefarten darf vom 1. Oktober ab Reiseunterstützung nicht mehr bezahlt werden.

Die Ausstellung einer neuen Reisefarte ist ins Mitgliedsbuch einzutragen. Ebenfalls die Gesamtsumme der erhaltenen Reiseunterstützung von der alten Karte.

Im übrigen ist im Statut § 5 Absatz 23 bis 32, was dort über Reiseunterstützung festgelegt ist, zu beachten.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Köln.** Für die streikenden Kollegen in Aachen gingen folgende Beträge ein: Dortmund 50 Mk., Essen 78, Bielefeld 100, Münster 20, Bochum 30, Köln I 123, Köln II 21, Düsseldorf 50, Minden 20, Duisburg 65.50 Mk.

Besten Dank! Jak. Braun, Gauleiter.

**Leipzig.** Die Straßen- und Tiefbau-Firmen Otto Winter, Leipzig-Kleinschöcher, und Max Kögel, Böhlig-Ehrenberg bei Leipzig, sind wegen Nichterhaltung der Wohlfahrtsbestimmungen des Reichstajvertrags gesperrt. Jeder Zugang ist fernzuhalten. Rob. Gulisch, Vorsitzender der Steinleger-Sektion.

**Schwerin.** Der Steinleger Kollege Karl Haase, geb. 9. 3. 98 in Kiel, hat vor einiger Zeit Schwerin verlassen, aber seine Mitgliedskarte vergessen mitzunehmen, geschweige sie in Ordnung zu bringen. Hier nachzubehalten ist Sache der Arbeitskollegen. Um Angabe der Adresse von Haase ersucht.

**W. Eichenburg, Kassierer, Landweilertstr. 1.**  
**Dobrilug.** Die beiden Schleifertkollegen Adolf und Wilhelm Dittler aus Wehlar und der Granitsteinmeß Salomo Müller aus Marktkeuthen werden ersucht, sich der Zahlstelle Dobrilug zu erinnern wegen der rückständigen Beiträge.

### Adressenänderungen.

1. Gau: N.-W. Schwerin. Vorl.: Wilhelm Boffow, Großer Moor 32. — Feldberg (Medlbg.). Vorl.: Paul Lamprecht, Streifiger Straße 42. — Begesad. Vorl.: Heinrich Küd, Walhöfen (Kr. Osterholz). N.D. Stargard i. Pomm. Vorl. u. Kass.: Wilhelm Lubitz, Lyzeum. — Strausberg i. d. Mark. Vorl. u. Kass.: Lehmann, Steinhauer, Lindenplatz Nr. 3.
3. Gau: Bayen. Vorl.: Oskar Neumann, Hintere Reichensstraße 18, II.
4. Gau: Tressurt b. Mühlhausen (Thür.). Vorl.: Karl Manegold, Gr. Wolfstraße 16. Kass.: Wilh. Hockbach, Falknerstraße 8. — Weimar. Kass.: Karl Stang, Ehringsdorf Nr. 80, bei Weimar. — Nebra a. d. Unstr. Vorl. u. Kass.: Friz Marquardt, Pfarrgasse 4. — Lauenberg, Post Markoldendorf (Kreis Einbeß). Vorl. u. Kass.: Wilh. Rohrs bei W. Henneke.
5. Gau: Ramen (Westfalen). Vorl. u. Kass.: Chr. Ley, Südkamen 28c, Post Ramen.
6. Gau: Waldbürl. Vorl.: Franz Kilian. Kass.: Wilh. Burtardt.
8. Gau: Eichenbühl. Vorl.: August Albert. — Umpfenbach, Post Eichenbühl. Vorl. u. Kass.: Jos. Lint, Eichenbühl, Post Eichenbühl.

### Briefkasten.

**J. S.** Wird gelegentlich verwendet. Dank der Nachfrage. Brief kam in meine Hände. Gruß, trotz der „schönen“ Ironie.

**R. S.** Nicht druckreif! Versmaß und Reim sprachlich nicht einwandfrei, aber besser als sonst!

**Grd. S.** Wenn die Kantine vom Arbeitgeber eingerichtet und erhalten wird, und der Betriebsrat sich dieser nicht hat durchsetzen können, um den Arbeitgeber zur Lieferung von besserem und billigerem Bier zu veranlassen, dann greift einfach zum Boykott. Das heißt, kauft und trinkt nichts von dem teuren Getränk, und andererseits bringe jeder einzelne für sich seinen persönlichen Bedarf von Haus oder sonstwo mit. Diese Methode hat aber nur schnellen, durchschlagenden Erfolg, wenn alle ruhig und ohne Krach mitmachen. Ein etwaiger Zwang des Arbeitgebers ist natürlich unstatthaft. Evtl. Beschwerde an die zuständige Gewerbeaufsicht.

### Neue Bücher, Zeitschriften.

**A. Draad, Die Freien Gewerkschaften und die Kirchen.** Industriebeamten-Verlag, Berlin N.W. 40. — 48 S. kart. — 0.80 RM. (1/2 für Gewerkschaften und deren Ortsvereine.) Das Buch ist ein Beweis dafür, daß alle Wissenschaftler, die sich ernsthaft mit dem Befreiungstampf des arbeitenden Menschen beschäftigen, mögen sie im kirchlichen oder nichtkirchlichen Lager stehen, zu dem Ergebnis kommen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung wirtschaftspolitisch, kulturell und ethisch begründet ist.

**Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien.** Verlag F. H. Dieß, Berlin. 138 Seiten, Preis 2.50 Mk. Das ist kein Buch im gewöhnlichen Sinne des Wortes — das ist eine Anlage — Saß für Saß! Um so erschütternder, weil die drei Autoren, die russischen Sozialisten Abramowitsch, Suchomlin und Zeretelli, die Tatsachen für sich selber sprechen lassen. Berichte aus Gefangenenlagern, Briefe, Protokolle, ärztliche Gutachten usw. reden eine schredliche — einfache — unmissverständliche Sprache. Alle, die die Sachen des Proletariats zu ihrer eigenen gemacht haben, sollten dieses Buch lesen und für seine Weiterverbreitung sorgen, denn hier wird dem Bolschewismus die Maske vom Gesicht gerissen und sein wahres Gesicht erscheint: Das Polizei- und Gewaltsystem des russischen Zarenismus.

**Der Stein der Weisen und das Perpetuum mobile** waren das Ziel der Alchimisten und Geheimwissenschaftler im Mittelalter. Die beiden erschienenen 7. Lieferungen des „Kleinen Brochhaus“ bringt uns heute eine alte Erfindung eines geplanten Perpetuum mobile, jener Maschine, die ununterbrochene Arbeit ohne erneuerte Antriebskraft leisten soll: Ein Mühlrad, über das Wasser fließt, welches durch eigene Kraft wieder gehoben wird, um wieder über das Mühlrad zu fließen. Auf diese Weise soll ein ewiger Kreislauf des Wassers und infolgedessen eine unausgeleitete Bewegung des in die Mühlradwelle angeschlossenen Schleifsteins hervorgerufen werden. Heute wissen wir, daß das Perpetuum mobile eine Unmöglichkeit ist, und daß der Gedanke, es zu konstruieren, auf einer Unkenntnis der Naturgesetze beruht. Die neue Lieferung des „Kleinen Brochhaus“ weiß uns auch sonst viel Interessantes zu berichten. Wisjammier finden zwei reichhaltige Plättchen in zum Teil farbiger Ausführung; die Tafeln warnen vor den giftigen Pilzen, die eßbaren werden vor den ungenießbaren oder harmlosen Pilzen unterschieden. Ein Kapitel über die Geschichte Polens gibt uns ein Bild von dem Auf und Nieder der Schicksalsturne dieses an Naturgütern reichen Landes. In dem Artikel über die nordische Mythologie tritt uns die ganze germanische Götterwelt entgegen. Meteorologische Tafeln erwecken das Verständnis für die Wettervorhersagen und Naturbeobachtungen. Die Lieferung läßt, wie die vorhergehenden, erkennen, daß der „Kleine Brochhaus“ ein unerlässlicheres Quell des Wissens ist. Allen, die sich dieses ausgezeichnete Nachschlagewerk anzuschaffen wünschen, geben wir den Rat, es sofort beim Buchhändler für den ermäßigten Subskriptionspreis zu bestellen, da dieser äußerst billige Preis nur noch für Bestellungen bis zum 29. September gilt.

### Anzeigen

Suche auf sofort  
**2 tüchtige Steinmetzen**  
für Bauarbeit, Stundenlohn z. Zt. 1.30 Mk.  
Werkstätten für Friedhofskunst  
Stein- und Bildhauerei  
**Gustav Kemper, Lemgo, Lippe**

Mehrere tüchtige  
**Sandsteinmetzen**  
stellt noch ein  
**Carl Schilling, Hausteinerwerke,**  
Wünschelburg, Schlesien.

**Pflasterhämmer**  
sowie sämtliche Werkzeuge für  
Straßenbau und Steinschlag.  
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager  
Berlin N. 20, Hochstraße 19.

**Bücher** die in keiner Bibliothek fehlen  
dürfen, für Betriebsräte und  
Gewerkschafts-Funktionäre empfiehlt  
Verlag des ADGB, Berlin S. 14  
Julestraße 6.

**Steinbruch** in der Tschechoslowakei, an der Elbe  
gelegen, vorzügliches Steinmaterial.  
5 Spaltmaschinen, 1 Steinbrecher, eigene elektrische Licht-  
anlage und eigene Wasserleitung, Wohngebäude, Bahn-  
und Wasseranschluß, günstige Unterkunfts- und Lohnverhältnisse,  
ist um den festen Preis von Mk. 33000.— wegen Ablebens  
eines Gesellschafters **zu verkaufen.** Zahlungsweise  
schaffers nach Vereinbarung.  
Anträge unter „Export 10436“ an die Rapid G. m. b. H.,  
Berlin W 9, Potsdamer Str. 20.

**Die beste Qualität ist die billigste!**  
**Schwere Manchesterhosen** in allen Farben . . . . . 15 Mk.  
**Schwere Pliothosen (Doppelploß)** . . . . . 14 Mk.  
**Bl. Leinwand, prima Qualität** . . . . . 10 Mk.  
Jederzeit umtauschbar, andernfalls Geld streng reell zurück. Senden  
Sie Oberweite und innere Schrittweite sofort ein. Prima Referenzen.  
**Georg Schubert, Hosenfabrik, Heidingsfeld b. Würzb.**

### Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht:  
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden  
**In Berlin** am 27. Juli der Steinleger August Wehner,  
49 Jahre alt, Lungentuberkulose. — Bei den letzten Berliner  
Todesanzeigen ist uns ein bedauerliches Versehen unter-  
laufen. Der in Nr. 37 als verstorben gemeldete Schleifer  
Thies war nicht 40 Jahre alt, sondern 81, und der in  
Nr. 38 gemeldete Kollege Fahr, nicht 1 Jahr, wurde 60,  
nicht 40 Jahre.  
**In Demig-Thumitz** am 27. August der Pflasterstein-  
macher Otto Schattel, 23 Jahre alt, Magenkrebs.  
**In Dresden-Wirna** am 1. September der Hilfsarbeiter  
Ernst Stelzner, 59 Jahre alt, Magenkrebs.  
**In Ramens** am 6. September der Pflastersteinmacher  
Paul Wenzel, 42 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
**In Eudenberg** am 9. September der Hilfsarbeiter  
Wilhelm Weber, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
**In Fürstentum** am 9. September der Pflastersteinmacher  
Johann Sammer, 22 Jahre alt, Hüftgelenktuberkulose.  
**Ehre ihrem Andenken!**

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag  
von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.